

(Frau Sauré (CDU))

- (A) Hilflosigkeit, und versuchen Sie, die Interessen dieses Landes endlich wieder konsequent und erfolgreich anzupacken. Wir werden Ihnen diese Aufgabe zwar 1990 abnehmen,

(Zustimmung bei der F.D.P. - Heiterkeit bei der SPD)

aber ich bitte Sie: Lassen Sie die Zeit bis dahin nicht ungenutzt wie bisher!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete. Ist es richtig, wenn ich zu Beginn der dreizehnten Stunde feststelle, daß zu den Einzelplänen 12 und 14 keine Wortmeldungen mehr zu erwarten sind?

(Zurufe von Abgeordneten aller Fraktionen: So ist es, Herr Präsident!)

- Es scheint zu stimmen. Dann schließe ich die Beratung.

(Unruhe)

Wenn die Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen Platz nehmen würden, würden wir vielleicht noch fünf Minuten Zeit einsparen.

Ich bitte also diejenigen, die dem Entwurf des Einzelplans 12 - Finanzminister - entsprechend der Beschlußempfehlung unseres Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/2632 zustimmen möchten, um ihr Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 12 in der zweiten Lesung angenommen.

(B)

Wir stimmen nunmehr über den Einzelplan 14 - Allgemeine Finanzverwaltung - ab. Wer diesem Einzelplan entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/2634 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Entwurf des Einzelplans 14 in zweiter Lesung angenommen.

Ich rufe nunmehr auf:

Haushaltsgesetz 1988

Drucksachen 10/2250, 10/2530 und 10/2670

In Verbindung damit:

Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung

Drucksache 10/2112

Ich verweise auf die Beschlußempfehlungen des Haushalts- und Finanzausschusses, die Ihnen mit den Drucksachen 10/2635 und 10/2673 vorliegen.

(C)

Weiterhin liegen Ihnen Änderungsanträge der Fraktion der CDU vor, und zwar mit Drucksache 10/2696 - Stichwort: Besetzungssperre -, Drucksache 10/2697 - Stichwort: Lehrerstellen -, Drucksache 10/2698 - Stichwort: Landeswohnungsbauvermögen - und letztlich Drucksache 10/2699 zur Landeshaushaltsordnung. Diese Anträge werden in die Beratungen einbezogen.

Ich eröffne die Beratung. Das Wort hat für die Fraktion der CDU Herr Abg. Dautzenberg. Ich erteile Ihnen das Wort, Herr Kollege.

(Unruhe)

- Lassen Sie sich nicht beeindrucken; Sie haben das Wort!

Dautzenberg (CDU): Herr Präsident! Ich danke Ihnen für diese Unterstützung, aber ich glaube, daß ich auch gegen solche Schallkörper anreden kann.

(Zuruf des Abg. Rohe (SPD))

- Ich hoffe, Herr Kollege Rohe, daß uns die vorgerückte Zeit trotzdem noch soviel Disziplin abnötigt, daß wir den wichtigsten Punkt der Haushaltsberatungen zu Ende bringen können, denn auch im Haushaltsgesetz sind wichtige Punkte enthalten, die ebenfalls Zukunft für Nordrhein-Westfalen bedeuten, daß wir also nicht nur das abhaken, was Sie gerne hätten.

(D)

Der erste Punkt, den ich kurz begründen möchte, bezieht sich auf die Drucksache 10/2696. Ich kann dies kurz machen, weil heute schon im Rahmen der Stellenplanberatungen darauf Bezug genommen worden ist. Ich wiederhole nochmals, daß mit diesem Antrag - Streichung der Besetzungssperre, dafür aber gleichzeitig Einsparungen von 2 000 Stellen im Landesdienst im Jahre 1988 - der Einstieg in den aufgabenkritischen Ansatz gemacht werden soll. Ich habe mit großer Aufmerksamkeit entgegengenommen, was der Kollege Trinius heute mittag dazu gesagt habe, daß man nämlich lange diskutiert habe, ob man nicht diesen Antrag übernehmen solle, wobei ich nachvollziehen kann, daß Sie Schwierigkeiten haben, klar zu sagen, wo diese 2 000 Stellen eingespart werden sollen. Von der Methodik her ist das aber kein Unterschied zu Ihrem eigenen Antrag auf Erhöhung des Personaletats um 400 Stellen für

(Dautzenberg (CDU))

- (A) 1988, mit dem Sie gleichzeitig die Landesregierung beauftragt haben, eine mittelfristige Konzeption zu entwickeln, wie denn wiederum diese 400 Stellen eingespart werden können; ohne auch zu sagen, welche Ressorts das betreffen soll. Insofern bezieht sich unser Antrag zu § 7 a Haushaltsgesetz auf einen ressortübergreifenden ausgabenkritischen Ansatz zur Einsparung dieser 2 000 Stellen.

Zum zweiten Punkt, der Drucksache 10/2699. Die Änderung der Landeshaushaltsordnung ist gleichzeitig aufgerufen. Hier haben wir von der CDU-Fraktion ebenfalls einen Änderungsantrag vorgelegt, der sich einmal auf den Artikel 1 Nr. 3 a bezieht, der sich weiterhin auf Artikel Nr. 3 b bezieht und der sich schließlich auf Artikel 1 Nr. 10 bezieht. Mit diesen drei zentralen Punkten innerhalb der Änderung der Haushaltsordnung wollen wir zum einen erreichen, daß die kreditfinanzierten Ausgaben auch wiederum in einer Aufstellung, in einem Verzeichnis, im Haushaltsplan oder im Haushaltsgesetz oder im Finanzbericht erscheinen. Wir sind der Meinung, daß wir es gerade als angemessen erachten müssen, daß ein Land wie Nordrhein-Westfalen und wir als Parlamentarier - um so mehr in Anbetracht der engen Haushaltslage, der katastrophalen Haushaltslage - eine Aufstellung darüber bekommen müssen, was tatsächlich kreditfinanziert ist. Dies sollte mit dem Artikel 1 Nr. 3 in unserem ersten Punkt erreicht werden.

- (B) Der zweite Punkt betrifft die Nettokreditermächtigung. Wir sind der Meinung, daß in der Haushaltsordnung klar geregelt werden soll, daß die Kreditermächtigung nur für das Jahr gelten sollte, für das sie aufgenommen ist, und daß die Nettokreditermächtigung mit Abschluß des Haushaltsjahres erlöschen sollte. Es ist auch wiederum mehr ein psychologisches Element aufgrund der wirklich miserablen Finanzsituation des Landes Nordrhein-Westfalen, daß das Parlament enger an die kreditfinanzierten Ausgaben herangeführt werden soll und daß der Spielraum für die Regierung nicht so groß sein soll, wie er bisher aufgrund nicht ausgenutzter und nicht in Anspruch genommener Nettokreditermächtigungen für abgelaufene Jahre gegeben war.

Mit dem dritten Punkt vollziehen wir mit der Landeshaushaltsordnung einen historischen Schritt für das Land Nordrhein-Westfalen, auch wenn wir 22.10 Uhr haben. Mit diesem Punkt soll im Grunde die Umstellung von Soll- auf Ist-Rechnung erfolgen. Wir sollten dies nicht so einfach nehmen und im Übergang so tun, als wenn das keine Kraftanstrengung wäre.

(Wendzinski (SPD): Nicht soviel Aufklärung betreiben!)

- Herr Wendzinski, ich meine, daß es für das Parlament angemessen sein sollte, auch Aufklärung zu betreiben. Wenn wir den Übergang zur Ist-Rechnung vollziehen, ist das wiederum ein Beitrag, tatsächlich zu mehr Haushaltsklarheit zu kommen, zu mehr Zeitnähe der Budgetierung der einzelnen Ausgabepositionen. Hier sind wir uns innerhalb aller Fraktionen einig, daß das ein richtiger Schritt ist, was wir machen. Der Bund macht das ja schon seit Jahren; das ist Praxis bei ihm.

Worum es hier geht - und worüber Differenzen bestehen -, ist, daß die CDU-Fraktion will, daß dieser Schritt des Überganges zur Ist-Rechnung schon im nächsten Jahr vollzogen werden soll, also für das Jahr 1988. Von seiten der Regierung und der Mehrheitsfraktion wird vorgeschlagen, daß dieser Übergang in einem Zeitraum von zwei Jahren zu erfolgen hat. Wir wiederum halten es gerade wegen der Enge der Finanzen des Landes Nordrhein-Westfalen für wichtig, dies in einem Jahr zu vollziehen, weil dadurch auch die Disziplin hinsichtlich des Ausgabegebarens stärker wird.

Das sind unsere begründeten Änderungsanträge sowohl zum Haushaltsgesetz als auch zur Landeshaushaltsordnung. Ich appelliere noch einmal an Sie, dieser Zielsetzung zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Für die Fraktion der CDU hat nunmehr Herr Abg. Reul das Wort.

Reul (CDU): Ich bin genauso müde wie Sie, aber zu dem Tagesordnungspunkt muß man wenigstens drei Sätze sagen dürfen.

Erstens: Die 633 Stellen sind Gott sei Dank eingerichtet worden, obwohl die SPD erst diese Stellen im Ausschuß abgelehnt hat.

(Zustimmung bei der CDU - Zurufe von der SPD: Was?)

Zweitens: Die 633 Stellen und deren Verteilung haben der Finanz- und der Kultusminister vorgeschlagen.

Drittens: Die CDU-Fraktion legt Ihnen heute einen Beschluß vor, der genau der Meinung des Kultus- und des Finanzministers entspricht. Wir hoffen, daß die SPD-Fraktion ihre beiden Minister heute nicht im Regen stehen läßt.

(Beifall bei der CDU)

(C)

(D)

- (A) Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Kollege. - Weitere Wortmeldungen habe ich nicht vorliegen.

(Zustimmung bei Abgeordneten der SPD und der F.D.P.)

Damit schließe ich die Beratung.

(Heiterkeit)

- Es hätte ja sein können, daß noch ein paar Listen versteckt sind, die beim Präsidenten nicht ankamen.

(Erneut Heiterkeit)

Da also in der Tat weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, schließe ich die Beratung.

Ich lasse jetzt abstimmen und bitte Sie, zu diesem Zweck Ihre Plätze einzunehmen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung der Landeshaushaltsordnung. Zunächst die Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 10/2699 - Stichwort: Nettokreditermächtigung und Ausgabereise. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Danke schön. Damit ist der Antrag abgelehnt.

- (B) Wir stimmen nunmehr über den Gesetzentwurf zur Änderung der Landeshaushaltsordnung ab. Wer ihm entsprechend der Beschlußempfehlung unseres Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/2673 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Gesetzentwurf in zweiter Lesung verabschiedet.

Wir stimmen nun über den Entwurf des Haushaltsgesetzes 1988 ab, und zwar zunächst über die vorliegenden Änderungsanträge. Ich rufe den Änderungsantrag Drucksache 10/2696 der Fraktion der CDU, Stichwort: Besetzungssperre, auf. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Antrag ist abgelehnt.

Als nächster steht der Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 10/2697 zur Abstimmung, Stichwort: Lehrerstellen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag abgelehnt.

Jetzt die Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 10/2698, Stichwort: Landeswohnungsbaupermessen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Danke schön. Der Antrag ist abgelehnt.

Damit kommen wir zur Abstimmung über den Entwurf des Haushaltsgesetzes 1988 ab. Wer dem Gesetzentwurf entsprechend der Beschlußempfehlung unseres Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/2635 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieser Entwurf des Haushaltsgesetzes in zweiter Lesung angenommen.

Zur Vorbereitung der dritten Lesung am Freitag lasse ich über die Rücküberweisung des Gesetzentwurfs an den Haushalts- und Finanzausschuß abstimmen. Wer dieser Rücküberweisung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Danke schön.

(Die F.D.P.-Fraktion stimmt dagegen. - Oh-Rufe bei der SPD - Kniola (SPD): Gegen fünf Stimmen!)

- Diese Haltung ist konsequent. Wer den Haushalt zurückgeben will, kann auch dieser Rücküberweisung nicht zustimmen.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Damit ist der Entwurf des Haushaltsgesetzes 1988 in der Fassung nach der zweiten Lesung an den Haushalts- und Finanzausschuß zurücküberwiesen.

Damit, meine Damen und Herren, beginnt die Nacharbeit des Finanzministers und der Verwaltung; denn morgen früh tagt unser Haushalts- und Finanzausschuß.

Wir sind aber am Ende dieser Sitzung. Wir sehen uns am Freitag um 10.00 Uhr zu unserer nächsten Plenarsitzung wieder, in der die dritte Lesung des Haushaltsentwurfs vorgehen ist.

Ich wünsche Ihnen eine gute Heimfahrt. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 22.22 Uhr

*) Vom Redner nicht überprüft (§ 105 Gescho)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Redner.

Ausgegeben: 29. Dezember 1987

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 4000 Düsseldorf 1, Postfach 1143, Telefon (02 11) 88 44 39, zu beziehen.

(C)

(D)